

Die künftige EU-Jugendstrategie – Eckpunkte aus Sicht politischer Bildung

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) e. V. vertritt gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen Interessen der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung in Deutschland. Mit der Bildungsarbeit im Verband werden junge Menschen darin unterstützt, kritisch denkende und demokratisch handlungsfähige Bürger*innen zu werden. Die bisherigen EU-Jugendstrategien bilden einen zentralen europäischen jugendpolitischen Referenzrahmen auch für politische Bildung, der Bezug aus den jeweils nationalen Kontexten heraus ist jedoch stark ausbaufähig. Die künftige Jugendstrategie sollte unter den Zielen **Engage – Connect – Empower** zu einem wichtigen Orientierungsanker für Youth Work und insbesondere politische Bildung werden. Sie entscheidet mit, ob junge Menschen in Europa und den Mitgliedsstaaten die Aushandlungsräume, die Lern- und Engagementmöglichkeiten bekommen und die Kompetenzen erwerben, die sie brauchen, um in einer von Krisen, Digitalisierung und gesellschaftlicher Spaltung geprägten Welt selbstbewusst demokratisch zu gestalten.

Das bedeutet aus unserer Sicht, Jugendpolitik konsequent zu entwickeln, genauso, wie Strukturen auszubauen und zu festigen, die junge Menschen in ihrer Selbstorganisation unterstützen.

Die aktuelle zweite Jugendstrategie (2019–2027) hat wichtige jugendpolitische Impulse zur Teilhabe junger Menschen gesetzt – etwa durch die EU-Jugendziele oder den EU-Jugenddialog. Doch die Zwischenevaluation zeigt: Es fehlt an **verbindlicher Verankerung** von Strukturen, insbesondere non-formaler Bildung und Konzepten der Demokratiestärkung, an **Kohärenz** mit anderen EU-Politikbereichen sowie an **konkreten Maßnahmen**, die die Jugendstrategien als Strategien für die Praxis vor Ort greifbar machen. Nach wie vor besteht eine Schwierigkeit für **nationale Kontexte**, die EU-Jugendstrategie auch als Rahmen der Weiterentwicklung eigener jugendpolitischer Handlungsfelder zu erschließen und zu nutzen. Die künftige Strategie sollte diese Lücken schließen. Sie sollte non-formales Lernen als Feld politischer Bildung in Europa als Querschnittsaufgabe stärken und Youth Work als emanzipierende, Engagement begleitende und demokratisch befähigende Infrastruktur entwickeln und stärken, sie soll dazu beitragen demokratische Räume und Engagement zu sichern und Jugendbeteiligung nicht nur als Mittel, sondern als Ziel an sich begreifen. Nur so kann sie – auch vor dem Hintergrund einer sich zuspitzenden demographischen Herausforderung – ihrem Anspruch gerecht werden, junge Menschen dabei zu unterstützen aktive Gestalter*innen einer demokratischen, inklusiven und nachhaltigen europäischen Zukunft zu sein.

Die 3. EU-Jugendstrategie (2028–2034) steht vor der Aufgabe, Jugendpolitik als eigenständiges, verbindliches Politikfeld in Europa und den Mitgliedstaaten zu

stärken. Sie sollte mit klaren und messbaren Zielen unterfüttert sein, durch ausreichende Ressourcen ausgestattet und in non-formalem Lernen, politischer Bildung, Engagement verankert sein. Auf diese Weise soll sie demokratische Handlungsräume und unverzweckte Orte für junge Menschen sichern.

Anliegen des AdB:

- **Non-formales Lernen und politische Bildung sollten zu einem Kernbestandteil der Strategie werden** – mit klaren Zielen, Indikatoren zur Orientierung, und einer starken Verzahnung zu den Jugendprogrammen und weiteren Programmen der EU und den Jugendpolitiken und Programmen der Mitgliedsstaaten.
- **Mit der Jugendstrategie soll ein Beitrag zur Anerkennung non-formaler Bildung und non-formalen Lernens junger Menschen geleistet werden. Youth Work befördert Kompetenzen, die für eine funktionierende Demokratie unverzichtbar sind:** kritisches Denken, Empathie, Konfliktfähigkeit, Medienkompetenz. Diese Fähigkeiten anzuerkennen, benötigt europäische Standards für die Validierung non-formalen Lernens – etwa durch den Youthpass oder Europass – und eine engere Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, um nationale Anerkennungssysteme zu gestalten und weiterzuentwickeln. Junge Menschen haben ein Recht auf Bildung. Dort, wo sie sich in Strukturen von Youth Work und selbstbestimmt bilden und engagieren, sollten sichtbare und erworbene Kompetenzen auch anerkannt werden können.
- **Die EU-Jugendziele sollen im Zentrum der Jugendstrategie stehen, sie bilden den zentralen Bezugs- und Referenzrahmen, und formulieren den politischen Anspruch an die dritte Jugendstrategie.** Die EU Youth Goals sollten zentraler Bestandteil des EU-Jugendreports, sein aber auch den Fokus bilden, unter dem die künftige dritte Jugendstrategie qualitativ auf ihre Wirkung gemessen werden sollte. Sie sollten wesentlich stärker bekannt gemacht werden. Die Idee, die Youth Goals weiter auszugestalten– etwa #4 (Information & Digital Rights), #9 (Spaces and Participation for All) oder #10 (Sustainable Green Europe) – bietet hierfür ein großes Potenzial, jedoch sollten sie mit jungen Menschen gemeinsam weiterentwickelt werden. Sie sollten konkretisiert und operationalisiert werden, beispielsweise durch konkrete und messbare Vorhaben, die in die Praxis von Jugendpolitik, Jugendarbeit und politischer Bildung übersetzbar sind.
- **Demokratische Räume für junge Menschen – physisch und im digitalen – zu sichern und auszubauen – durch finanzielle Absicherung, rechtliche Rahmenbedingungen und politische Unterstützung ist essenziell.** Als Fachverband für politische Bildung betonen wir: Demokratie braucht Orte. Orte, an denen junge Menschen sich begegnen, träumen, kontrovers diskutieren, eigene Positionen entwickeln und gemeinsam handeln können. Die Jugendstrategie muss die Rolle von Orten im Sinne der demokratischen

Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit als unverzichtbare Infrastruktur für politischen Bildung und Demokratieförderung anerkennen und aktiv stärken.

- **Die Strategie sollte kritische Partizipation und kritisches Engagement junger Menschen fördern – jenseits klassischer Beteiligungsformate.** Partizipation darf sich nicht auf Konsens und Herunterbeten des Kanons von europäischen Institutionen und Politik beschränken, sondern sollte die Widersprüchlichkeit und Kritik, den Streit um bestehende und die Verhandlung neuer eigener Europakonzepte ausdrücklich beinhalten. Junge Menschen brauchen Räume für kontroverse Debatten, Protestkultur und zivilen Ungehorsam – überall in Europa. Die Strategie sollte emanzipatorische Ansätze stärken, die junge Menschen befähigen, Machtstrukturen zu hinterfragen und eigene Forderungen selbstbewusst zu vertreten. Besonders wichtig ist dabei die Einbindung benachteiligter Gruppen.
- **Digitale Transformation als jugendpolitische Gestaltungsaufgabe muss ernst genommen werden** – durch kritische Reflexion technologischer Entwicklungen, und durch die Sicherung von Grundrechten und Inklusion im Digitalen. Dies gilt insbesondere für junge Menschen, deren Teilhabe am Digitalen beschränkt ist.
- **Klimawandel und Nachhaltigkeit sind drängende Herausforderungen, ihre politische Gestaltung ist zentral mit europäischer Politik verknüpft.** Entsprechend sind Bildungs- und Partizipationsthemen junger Menschen als Kernfragen europäischer Jugend- und Bildungsarbeit zu behandeln.
- **Die Jugendstrategie sollte Youth Work als Profession und Berufsfeld stärken** – durch Weiterentwicklung und Anwendung bestehender europäischer Kompetenzrahmen für Youth Work(er), durch die Entwicklung von Ausbildungsstandards, durch Anerkennung und durch faire Arbeitsbedingungen. Mit der Jugendstrategie sollte auch ein Rahmen entwickelt werden, Youth Work als gesamteuropäisches Arbeitsfeld non-formaler Bildung, Befähigung und des Engagements junger Menschen gerade in Bezug zu einem stark auf formale Bildung fokussierten Bildungsdiskurs in Europa als eigenständiges Arbeits- und Bildungsfeld zu festigen.
- **Die Jugendstrategie sollte einen jugendpolitischen Anspruch an weitere EU-Politikbereiche formulieren** – etwa in der Grundrechtspolitik, dem *European Democracy Shield*, der Digitalstrategie und den verschiedenen europäischen umwelt- und klimapolitischen Strategien. Eine wechselseitige Verschränkung im Berichtswesen und stärkere Bezüge sollten hergestellt werden, die sich u.a. im Monitoring und der Evaluation von Politik, Programmen und Fortschrittsberichten niederschlagen. Eine zentrale Rolle hierbei sollte die Bezugnahme zu den weiterentwickelten Youth Goals als Kriterien bilden.
- **Jugend ist eine eigenständige Lebensphase mit eigener Berechtigung und definiert sich nicht am Ziel „Erwachsenwerden“.** Hieran orientiert, sollte die EU-Jugendstrategie dem Anspruch „Engage – Connect – Empower“ für alle jungen Menschen zu ermöglichen, gerecht werden. Dazu bedarf es überall in Europa Strukturen, Gelegenheiten und Angebote, in denen junge Menschen als

Co-Creator agieren können. An diesem Anspruch sollten sich die Mitgliedsstaaten der EU messen lassen.

- Die EU-Jugendstrategie im Verbund mit den Youth Goals formuliert einen politischen Handlungsrahmen, der Vorstellungen, Ideen und Aushandlungsprozesse von Fragen und Herausforderungen junger Menschen als politische Gestaltungsaufgaben der EU-Mitgliedstaaten. Die Youth Goals betreffen junge Menschen überall in Europa. Das europäische Friedensprojekt bedeutet Sicherheit und sichere Räume für junge Menschen und deren demokratisches Engagement zu schaffen – nicht nur in der EU, sondern auch im Kontext der Zusammenarbeit mit jungen Menschen in Nachbarländern und Partnerstaaten. Dies im Angesicht von geopolitischen Verwerfungen, Krieg, Unsicherheit und herausgeforderter Demokratie resilient zu gestalten, verlangt eine robuste Jugendpolitik und die Bereitschaft zum Aufbau und zur Bereitstellung von leistungsfähiger Infrastruktur, kurz: Youth Work!

Das Eckpunktepapier wurde im Kontext der AdB-Fachkommission für [europäische und internationale Bildungsarbeit](#) erstellt.

Ansprechperson:

Georg Pirker, Referent europäische und internationale politische Bildung,
pirker@adb.de

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., Berlin, Juli 2026